

Stefanie A. Wahl

Transnationalität und politische Ordnung

Bericht über das 16. Berliner Werkstattgespräch der Sozialethiker(innen) 2015

Die *Arbeitsgemeinschaft der Sozialethikerinnen und Sozialethiker des deutschsprachigen Raumes* beschäftigte sich auf ihrer Jahrestagung 2015 mit dem Thema „Transnationalität und politische Ordnung“. Angesichts vielfältiger ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, hat sich spätestens nach dem Bericht des *Club of Rome* (1972) die Einsicht durchgesetzt, dass es über die nationalstaatlichen Strukturen hinaus auch globaler Ordnungsstrukturen bedarf. Allerdings zeigt sich immer wieder, wie defizitär die bereits existierenden inter-, trans- oder supranationalen Strukturen sind. Dies hat beispielsweise die Finanzmarktkrise offenbart, ebenso wie die jüngste Ebola-Epidemie oder die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen. Insbesondere der Mangel an demokratischer Legitimierung, die sich immer wieder offenbarenden Machtasymmetrien und die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung solcher Strukturen machen es notwendig, sich aus sozialetischer Sicht mit dem Thema zu befassen. Doch wie kann und muss sich die Sozialethik überhaupt mit *Global Governance*, Netzwerkstrukturen und transnationalen Akteuren auseinandersetzen? Diese dringenden sozialetischen Herausforderungen standen im Fokus des Berliner Werkstattgespräches, das vom 23. bis 25. Februar 2015 in der Katholischen Akademie Berlin stattfand. Das Vorbereitungsteam (Clemens Dölken, Ingeborg Gabriel, Heinz-Gerhard Justenhoven, Christof Mandry und Peter Schallenberg) hatte dazu unter anderem Experten aus Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eingeladen, um mit ihnen diese Fragen intensiv zu diskutieren.

1 Globale Gerechtigkeit

Ingeborg Gabriel (Wien) führte im Namen des Vorbereitungsteams in das Tagungsthema ein und benannte zentrale ethische Problemfelder. Darauf

folgte der erste sozialetische Beitrag von *Johannes Wallacher* (München) zum Thema Globale Gerechtigkeit. Kaum eine Organisation wird mit dem Einsatz für Menschenrechte und der Forderung nach globaler Gerechtigkeit so in Verbindung gebracht wie die Vereinten Nationen. Wallacher stellte die *Post-2015-Agenda* der Vereinten Nationen vor, das Nachfolgeprogramm der *Millennium Entwicklungsziele* (MDGs). Die Bilanz der MDGs, die bis 2015 erreicht sein sollen, gilt als ambivalent, und so ist eine neu zu verhandelnde Agenda mit alten und neuen globalen Herausforderungen konfrontiert. An oberster Stelle stehen dabei der Kampf gegen Armut und Maßnahmen gegen die Ursachen des Klimawandels. Für Wallacher stellen Menschenrechte den geeigneten Ausgangspunkt für globale Gerechtigkeitsüberlegungen dar. Ihr normativer Kern führt für ihn zu drei grundlegenden intra- und intergenerationellen Forderungen: Emissionsminderung, Anpassung an den Klimawandel und Entwicklungspolitik. So einleuchtend diese Argumentation auch ist, so sehr fördert sie aber auch zentrale Streitfragen globaler Gerechtigkeit zutage. Denn insbesondere die Debatte um den Klimawandel wirft Fragen nach der historischen Schuld und der Lastenverteilung auf. Wallacher verweist auf das Prinzip Verantwortung. Mithilfe eines modernen und erweiterten Verantwortungskonzepts im Anschluss an Max Weber und Hans Jonas lassen sich verschiedene Dimensionen, Grade und Modalitäten aufzeigen, die zur Bewältigung und Beantwortung von globalen Gerechtigkeitsfragen einen wichtigen Beitrag leisten können.

2 Transnationalität in Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft

Eine zentrale Stellung nahmen im Rahmen der diesjährigen Werkstattgespräche Beiträge von eingeladenen Experten verschiedener Fachrichtungen ein.

Jens Steffek (Darmstadt) knüpfte mit seinem Beitrag an Johannes Wallacher an, indem er aus *politikwissenschaftlicher Perspektive* über *Global Governance* und die Idee eines globalen Gemeinwohls referierte. Anhand der Entstehungsgeschichte der ersten internationalen Organisationen, wie beispielsweise des Völkerbundes oder der Internationalen Arbeitsorganisation, zeigte er die Ambivalenzen der Moderne und die zentralen Merkmale und Probleme transnationalen Regierens auf. Dabei verwies er vor allem auf das *Compliance*-Problem und die Schwierigkeit

des Regierens ohne Regierung. Gemeinsam ist den internationalen Organisationen aber auch, dass sie als Ziel die Friedenssicherung haben und dies wohl einem zentralen Gemeinwohlbelang entspricht. Allerdings verlor dieses Ziel nach dem Ende des Ost-West-Konflikts an Bedeutung und führte zu einer Legitimationskrise der Organisationen selbst. Darüber hinaus kam angesichts der wachsenden Einflussnahme von ökonomisch ausgerichteten Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) und der Weltbank vermehrt Kritik vonseiten globalisierungskritischer zivilgesellschaftlicher Gruppierungen auf. Sie verstehen internationale Organisationen als Teil neoliberaler und neokolonialer Strukturen. Einen ersten Höhepunkt dieser Kritikwelle markieren massive Proteste gegen die Ministerkonferenz der Wirtschafts- und Handelsminister der WTO in Seattle im Jahr 1999. In seiner Analyse ordnet Steffek den Beitrag internationaler Organisationen zur Idee eines globalen Gemeinwohls auf drei unterschiedlichen Ebenen ein: (1) auf einer zynischen, weil auf bloßer Rhetorik beruhenden Ebene; (2) auf einer substantiellen Ebene, die eine objektive Bestimmbarkeit dessen, was als Gemeinwohlinteresse erachtet wird, ermöglicht, und (3) auf einer prozeduralen Ebene. Dieser letzten Ebene widmete sich hauptsächlich die auf den Vortrag folgende Diskussion.

Die Wirkmächtigkeit ökonomischer Argumentationsmuster hat in den letzten Jahren sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf globaler Ebene an Bedeutung gewonnen. Auch die globalen Strukturen werden mehr und mehr von global agierenden Unternehmen und Organisationen wie der WTO und der Weltbank geprägt. Doch wie geht man in den *Wirtschaftswissenschaften* mit Transnationalität und globalen Ordnungsstrukturen um? Zu diesem Thema referierte Dirk Sauerland (Witten/Herdecke) und verwies dabei auf die Bedeutung internationaler Kooperationsmodelle innerhalb der ökonomischen Theoriegeschichte. Adam Smith und David Ricardo beschrieben die Kooperation über nationalstaatliche Grenzen unter dem Gesichtspunkt des ökonomischen Nutzens und der Kooperationsvorteile. Solche Kooperationsvorteile spiegeln sich beispielsweise in der Debatte um den Standortwettbewerb und um ökonomische Anreizstrukturen, wie z. B. Steuervorteile, wider. Sauerland verwies in seinem Beitrag aber auch darauf, dass sich die klassischen, an *Rational Choice* orientierten Modelle heute nicht immer durchsetzen, sondern der Vorteil von Institutionen und klaren Regeln, innerhalb derer der Wettbewerb stattfindet, wahrgenommen wird. Die Wissenschaft habe sich von einer *Science of Choice* zu einer *Science of Contract* entwickelt.

Der Völkerrechtsexperte *Michael Lysander Fremuth* (Köln) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit dem Verhältnis von internationalem Recht und Gemeinwohl. Fremuth verwies zunächst auf die Rolle des Staates als traditioneller Hüter des Gemeinwohls. In der Moderne konzentrierte sich der staatliche Gemeinwohlaufrag zunächst auf die Gewährung von Sicherheit und Frieden (Westfälischer Frieden 1648). Mit der sozialen Frage im 19. Jahrhundert kamen die sozialen Pflichten als staatlicher Auftrag hinzu. Doch neben dem Staat als Adressat und Hüter des Gemeinwohls etablierte sich spätestens nach 1945 das Völkerrecht. Am Beginn der Völkerrechtsidee steht abermals die Friedenssicherung, die als Gemeinwohlbelang anerkannt wird. Spätestens seit 2002 erkennt Fremuth über das Völkerrecht hinaus Ansätze für eine Weltgesetzgebung, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ausgeht und vor allem auf Terrorismusbekämpfung abzielt. Das Zentrum des modernen Völkerrechts aber bilden seit dessen Entstehung die Menschenrechte. Der Mensch wird darin zum Ausgangspunkt des Gemeinwohls. Trotz einer deutlichen Manifestation des Menschenrechtsregimes im letzten Jahrhundert und einer Ausweitung des Völkerstrafrechts fordert Fremuth angesichts der Dynamik der Globalisierung weiteres intensives politisches und zivilgesellschaftliches Engagement zur Weiterentwicklung des Völkerrechts.

3 Transnationale Problembereiche

Im Anschluss an die Beiträge der verschiedenen Disziplinen setzten sich die Teilnehmenden in drei Arbeitsgruppen mit zentralen transnationalen Problembereichen auseinander. Eröffnet von den Impulsbeiträgen von *Christof Mandry* (Frankfurt/Main), *Elke Mack* (Erfurt) und *Heinz-Gerhard Justenhoven* (Hamburg) wurde in den Arbeitsgruppen über die Migrationspolitik der EU, über die Weltwirtschaft und den Welthandel sowie über die aktuelle internationale Sicherheitspolitik diskutiert. Ihre Ergebnisse stellten die Arbeitsgruppen im Anschluss dem Plenum vor. Bestimmend für die Debatte zur Migrationspolitik war die aktuelle Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. Als zentrale ethische Forderung formulierte die Gruppe die Entwicklung von Regulierungsverfahren für Migrationsprozesse allgemein und sprach sich gegen reine Steuerungsversuche durch die Politik aus. Die Arbeitsgruppe zu Weltwirtschaft und Welthandel plädierte angesichts der vielfältigen Krisen für die Notwendigkeit der Transformation des Wirtschaftssystems und die Gestaltung eines neuen Weltgesellschaftsvertrags. Im

Fokus der Aufmerksamkeit der dritten Arbeitsgruppe standen die aktuelle internationale Sicherheitspolitik und der Konflikt in Syrien.

In Kooperation mit der Katholischen Akademie fand am Abend des zweiten Tagungstages eine öffentliche Podiumsdiskussion unter der Frage „Will die Europäische Union eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik?“ statt. Mit *Elmar Brok*, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, *Claudia Major*, der stellvertretenden Leiterin der Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik“ innerhalb der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), und Brigadegeneral *Bernd Schulte Berge* (Zentrum Luftoperationen Kalkar) war das Podium mit interessanten Gästen besetzt. Im Mittelpunkt der von dem Journalisten Hans Jessen moderierten Diskussion stand unter anderem das aktuelle und zukünftige Verhältnis von NATO und EU. Dabei vertraten alle Podiumsgäste die Meinung, dass die militärische Kooperation im Rahmen der NATO vertieft werden müsse, um auch weiter die Sicherheit der Staaten zu garantieren. Eine eigene europäische Armee stelle keine realistische Alternative dar und wurde einhellig abgelehnt. Kritik äußerten die Diskutanten hinsichtlich der Sparpolitik der EU in sicherheitspolitischen Angelegenheiten. Eine zentrale Rolle in der Diskussion nahmen der Konflikt in der Ukraine und die europäische Politik ein, während andere Fragen, wie z. B. Flüchtlingspolitik, nur am Rande thematisiert wurden.

4 Ethik des transnationalen Regierens

Zum Ende des Werkstattgesprächs stellte *Michael Reder* (München) einen Entwurf einer Ethik des transnationalen Regierens vor. Zunächst problematisierte er die nationalgesellschaftliche Ausrichtung der Ethik im 20. Jahrhundert. Viele ethische Ansätze, so Reder, gingen von einem Universalismus aus, der an nationalstaatliche Grenzen gebunden sei und sich damit nicht ohne weiteres auf einen globalen Kontext anwenden ließe. Beispielhaft führte er den diskursethischen Ansatz von Jürgen Habermas an. Damit sieht er die ethische Theorie des 21. Jahrhunderts mit der Herausforderung konfrontiert, sich für die globalen Anfragen und Probleme zu öffnen, um eine angemessene Reflexion transnationaler und globaler Dynamiken zu ermöglichen. Reder regte an, dass eine Ethik des transnationalen Regierens in Anlehnung an die interkulturelle Philosophie die unterschiedlichen kulturell geprägten Sprachspiele ethischer Begründungen beachten solle, mit dem Ziel, die jeweilige Normativität zu rekonstruieren. Auf der

Suche nach globaler Sittlichkeit und der Grundlage einer globalen politischen Ordnung könne die theologische Ethik die Rolle einer begleitenden Reflexionswissenschaft einnehmen. Reders Thesen wurden vor allem im Hinblick auf das Ausmaß an Heterogenität von Sittlichkeitsvorstellungen auf der globalen Ebene und auf seine kritische Einschätzung der Tauglichkeit diskursethischer Ansätze im Kontext transnationaler und globaler Problemstellungen kontrovers diskutiert.

Michael Reders Vortrag und die kontroverse Diskussion zum Abschluss der Tagung machten deutlich, dass transnationale Strukturen und deren Ausgestaltung die theologische Ethik vor große Herausforderungen stellen und es zu deren Bearbeitung möglicherweise neuer wissenschaftlicher Ansätze bedarf. Neben Reders Beitrag hat auch Johannes Wallacher mit der Weiterentwicklung des Verantwortungsbegriffs zur Ermöglichung globaler Gerechtigkeit auf ein wichtiges Forschungsfeld für die Sozialethik hingewiesen. Die Beiträge der eingeladenen Experten aus Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften ermöglichten Einblicke in fachfremde Debatten und lieferten Anknüpfungspunkte für künftige sozialetische Forschungsfragen. So zeigte sich in den Diskussionen unter anderem, dass Machtasymmetrien und Ungleichheiten für die Ausgestaltung gerechter transnationaler Strukturen ein zentrales Problemfeld darstellen. Damit steht die Sozialethik als Wissenschaft vor großen Herausforderungen, aber auch vor einer spannenden Phase der Weiterentwicklung.

Einige Referate dieser Tagung erschienen im Themenheft „Transnationale Steuerung“ von *Amosinternational. Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik* (Heft 1/2015).

Das 17. Werkstattgespräch Sozialethik wird vom 22. bis 24. Februar 2016 in der Katholischen Akademie Berlin zum Thema „Soziale Ungleichheit“ stattfinden.

Über die Autorin

Stefanie A. Wahl, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Theologische Ethik am Institut für Katholische Theologie an der Universität Bamberg. E-Mail: stefanie.wahl@uni-bamberg.de.